

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig und des Stadtrates zu Zwenkau befähigteste bestimmte Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Markranstädt, Began, Taucha und noch verschiedener Landgemeinden

Bezugspreis mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 1.80, für Selbstabholer 1.70 Mk. — Durch die Post bezogen 1.80 Mk. ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Postcheckkonto:** Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72208. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72208

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonelle 35 Pf., Familiennachrichten von Privatrat mit 50% Nachsch. Stellenangebote 10gepalt. Kolonelle 25 Pf., Kleine Anzeigen: Ueberchriftswort 20 Pf., Textwort 10 Pf., Reklameselle 2 Mk. Inzerate v. auswärts: die 10gepalt. Kolonelle 40 Pf., Reklameselle 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Ausdräger, unsere Zweigneschäfte und alle Volkshäuser entgegen

Gröner über Reichsbanner und SA

Ein klotziger Vorstoß der Nationalsozialisten gegen das Reichskabinett — Die Prämienanleihe in erster und zweiter Lesung angenommen — Wirtschaftsparteiliche Misstrauensanträge gegen die beiden Landbundesminister — Albert Lebrun zum französischen Präsidenten gewählt

Reichstagsitzung mit Radau

Was wollen die Nationalsozialisten

Berlin, den 10. Mai.

Während in Versailles die französische Nationalversammlung beieinander war, um den neuen Präsidenten zu erwählen, klärte sich auch im Deutschen Reichstag die politische Situation. Der Sieg der französischen Linken gibt neue Hoffnungen auf eine Lösung der brennendsten Fragen in der Gegenwart, während die Preußenwahlen in Deutschland den Horizont verblüffert haben. Trotz dieses Menetekels vom 24. April hat das französische Volk für die Verständigung mit der deutschen Republik votiert, und selbst das Attentat auf Paul Doumer hat diesen Zug nach links nicht aufzuhalten vermocht. Um so verhängnisvoller ist die Entwicklung, die Deutschland durch die letzten Wahlen nahm.

Am Montag gab die faktische Umstellung der Nationalsozialisten im Reichstag allerlei Rätsel auf. Zwar kamen die üblichen Misstrauensvoten im Bunde mit den Deutschnationalen und der kommunistischen Fraktion, aber das sonstige Verhalten der Fatenkreuzer widersprach so völlig ihrem bisherigen parlamentarischen Kurs, so daß allerlei Propheetien in den Wandelgängen zu hören waren.

Auch die ersten Stunden der Dienstagsitzung verliefen in dem Bestreben, den guten Ton zu bewahren. Gegen 13 Uhr ergriff Gregor Straher, der einst ankündigte, bis an die Knöchel im Blute waten zu wollen, und der in Leipzig das Hohelied von der alten guten deutschen Erbsuppe gesungen hat, das Wort. Aber auch Straher verzichtete — wie er ausdrücklich bemerkte — auf alles rhetorische Floskelwerk. Jetzt sei es an der Zeit, zu offenbaren, wie es besser und wie es überhaupt gemacht werden muß. Nicht weniger Arbeitszeit, sondern noch viel mehr Arbeitsdienstpflicht, Stadtrandbesiedlung. Sobald sie die Hebel der Macht in den Händen haben, beginnt der erste Spatenstich.

Und das Geld, woran es in erster Linie fehlt? Die von der Regierung vorgeschlagene Prämienanleihe wird von ihnen selbstverständlich, in Bundesbüderschaft mit den Kommunisten — die Sapler hatten sich mutig von der Entscheidung gedrückt — abgelehnt. In ihrer Stelle propagiert Straher die Gründung einer Bau- und Wirtschaftsbank. Allzu günstige Erfahrungen wurden mit derartigen Instituten im letzten Jahre gerade nicht gemacht. Aber was tuts? Jemand etwas müssen auch die Nazis wollen. Im übrigen enthält Gregor Strahers Programm allerlei verwässerte Ideen aus den sozialistischen Gedankentreisen. Bulgar-Sozialismus plattefter Art.

Mit seinen Vorschlägen hatte Straher immerhin an mancherlei Stellen Eindruck erweckt, obwohl er für den Kenner der nationalsozialistischen Literatur nahezu nichts Neues bot. Er schloß mit einer Verbeugung vor dem Kanzler des Reichskabinetts, „der an alle diese Probleme mit dem besten Willen herangegangen sei, aber er hat seine ganze Kraft damit verbrauchen müssen, um mühselig mit heterogenen Parteien zu regieren“. Also mit Dr. Brüning dürfte es schon zu schaffen sein, nur bedarf das des Frontwechsels gegen links, der Annäherung an die große Partei Adolfs Hitlers.

Der Reichskanzler folgte diesen „Offenbarungen“ in absoluter Reglosigkeit. Die Nazis sorgten hin und wieder für einige Abwechslung durch Beifallklatschen. Dann kam der Abstimmungsakt. Das Schuldentilgungsgesetz wurde in erster und zweiter Lesung angenommen. Die Prämienanleihe nur mit 245 gegen 224 Stimmen, denn die Wirtschaftsparteiler brachen aus.

Danach wurde die allgemeine politische Debatte wieder aufgenommen. Genosse Grafmann antwortet in einer wirkungsvollen Rede auf die geistigen Wassersuppen Gregor Strahers. Dann aber trat die Wendung ein. Als nächster Redner folgte der Fliegerhauptmann a. D. Göring, der Inhaber des pour le merite. Dieser ist der Stellvertreter Hitlers in Berlin. Er führte dessen „diplomatische“ Orders bei Herrn Gröner, bei Schleicher und an anderen Stellen aus. Darum wartete man mit einiger Spannung der Aufräge, der

er sich jetzt zu erledigen hatte. Allgemein galt Göring als Vertreter des gemäßigteren Naziflügels. Auch darum erhoffte man von ihm politische Aufführungen über die nächsten Ziele, die das Braune Haus verfolgt. Gewiß, das Verbot der SA und die Außenpolitik wurden bis dato von keinem der anderen nationalsozialistischen Redner berührt. Also war diese Aufgabe Göring vorbehalten, und wie er sich ihrer entledigte, das brachte die Sensation.

Raum vierundzwanzig Stunden hatte die Wandlung zum Besseren angehalten. Nun aber schlug ausgesprochen der Unterhändler mit Schleicher die alte Tonart an. Göring legte mit allen Kräften los. Das wurde um so stärker beachtet, als alle die Phrasen — so wurden seine Worte von Gröner charakterisiert — sein säuberlich zu Papier gebracht worden waren. Also keine Entgleisung im Drange des Gefechts, sondern ein wohlüberlegter Angriff gegen den Kanzler, vor allem aber gegen Dr. Gröner, mit dem er so oft verhandelt hatte. Der Innenminister wies auf diese Gespräche vieldeutig hin, aber der Vorstoß des Vertrauten Adolfs Hitler erfolgte so massiert, daß selbst den Kanzler seine eiserne Ruhe verließ. Er sprang auf, unterbrach den Redner, der durchfliegen ließ, daß das Verbot der SA auf Depeschen

zurückzuführen sei, die von dem deutschen Botschafter in Paris gekommen wären. Also Frankreich habe das Verbot der SA inspiriert.

Unmittelbar nach Göring ergriff Dr. Gröner, der an der linken Schläfe ein Pflaster trug, das Wort. Gröner ist kein Demosthenes, d. h. kein Redner großen Stils. Darin unterscheidet er sich selbst von seinem Vorgänger, von Dr. Gehler. Die Angriffe durch Hitlers Vertrauensmann hatten den Innenminister so stark in Erregung gebracht, daß er, kaum noch der Sprache mächtig, tief bewegt an die Tribüne trat. Gegen die Rede Görings legt er „ernsteste Verwahrung“ ein. Stürmische Zwischenrufe im Nazistall. Nun war diese Kennzeichnung wieder mal voll berechtigt. Göring habe immer in außerordentlich „warmer“ — stürmisches Gelächter, Ruje Röhren, wütendes Geschrei bei den Nazis — Weise, die Vaterlandsliebe der SA gerühmt. Es war ein Gebot der Staatsaktualität, das Verbot der SA dennoch auszusprechen. Bei jedem Satz sprang Göring in gehäufelter Erklärung auf. Der Präsident Esler stand hilflos diesem Branden der 107 Nazistruer gegenüber. Dr. Gröner verlas einiges Material aus seinem Aktenbestand. Leider nur allzuwenig. Dank der Unfähigkeit des Präsidenten und infolge der wüsten Naziattaden wurde der Innenminister bald aus der Fassung gebracht, aber er hielt den wüsten Schreibern wacker stand und gab von seiner Auffassung nicht ein Jota preis. „Ohne die SA hätten wir seit Jahren Ruhe und Ordnung gehabt.“ So stellte Dr. Gröner unter stürmischem Beifall der Linken gegenüber den wüt-

Die Präsidentenwahl in Frankreich

114 Stimmen für Paul Faure

SPD Paris, 10. Mai.

Die Nationalversammlung wählte am Dienstag Senator Lebrun mit 633 Stimmen zum Präsidenten der französischen Republik. Für Paul Faure wurden 114 Stimmen der Sozialdemokraten, für Painlevé 12 und für Cahin 8 Stimmen abgegeben; weiche Zettel wurden 40 abgegeben. Die Zahl der Abstimmenden betrug 826.

Punkt zwei Uhr betrat Senatspräsident Lebrun, begleitet von Mitgliedern des Bireos des Senats, unter lebhaftem Beifall den Sitzungsaal, der sich in wenigen Minuten füllte. Die Tribünen waren bis auf den letzten Platz gefüllt; nur die für die Verwandten und Bekannten des Staatspräsidenten reservierte Tribüne in der rechten Ecke des Saales war leer. Sie trug Trauer schmuck. Um 2.10 Uhr eröffnete der Präsident die Sitzung mit einer kurzen Gedendrede auf den ermordeten Präsidenten Doumer, die vom ganzen Hause mit Ausnahme von drei Kommunisten lebend angehört wurde.

Nach der Verlesung des Artikels der Verfassung über die Präsidentenwahl und des Einberufungsdekrets für die Versammlung wurden durch Los 36 Stimmenzähler und 12 Stellvertreter bestimmt. Der Präsident bezeichnete dann durch Ausschlagen eines alphabetischen Registers den Buchstaben, mit dem der Aufruf der Kongreßmitglieder zur Stimmabgabe beginnen soll. Die Wahl fiel auf den Buchstaben M. Um 14.20 Uhr begann die Abstimmung. Als erster stimmte der nationalistische Abgeordnete Macouin ab. Als der Name Tardieu aufgerufen wurde, riefen einige kommunistische Abgeordnete: „Nieder mit dem Krieg!“. Lebhaftes Beifallklatschen auf der Rechten antwortete diesem Ruf, was die Sozialisten veranlaßte, gleichfalls gegen Tardieu zu manifestieren. Unter lebhaftem Geschiefe auf der Linken und einem Beifallsturm auf der Rechten verließ Tardieu die Tribüne, nachdem er seinen Stimmzettel abgegeben hatte. Das gleiche wiederholte sich bei Laval, während Senator Chéron und Herriot von seiten der Linken und Mittelparteien mit lebhaftem Beifall begrüßt wurden. Um 16.15 Uhr war die Abstimmung beendet. Die Sitzung wurde zur Auszählung der Stimmen unterbrochen. Eine halbe Stunde später wurde das Ergebnis in den Wandelgängen bekannt.

Um 4.50 Uhr wurde die Sitzung unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Senats, Rabier, wiedereröffnet. Der Präsident verlas das Ergebnis, das mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Die meisten Mitglieder der Versammlung hatten sich von ihren Sigen erhoben. Die Kommunisten riefen wieder: „Nieder mit dem Krieg!“ Als die für Paul Faure abgegebenen Stimmen bekanntgegeben wurden, applaudierten die Sozialisten, während die Rechte lärmte. Nachdem das Protokoll der Sitzung ohne Widerspruch angenommen worden war, erklärte der Präsident die Nationalversammlung für geschlossen.

Der neue Präsident begab sich darauf in Begleitung mehrerer

Mitglieder der Regierung und zahlreicher Kongreßmitglieder in einen neben dem Sitzungsaal gelegenen Raum, wo ihn der Vizepräsident Rabier und Ministerpräsident Tardieu zu seiner Wahl beglückwünschten. Zu gleicher Zeit übergab Tardieu zu seiner Eigenschaft als geschäftsführender Staatspräsident dem neuen Präsidenten die Geschäfte. Lebrun dankte in einer kurzen Rede, in der nach einigen Gedendworten auf Doumer erklärte, daß er sein Amt unparteiisch ausüben und für den Frieden nach innen und außen arbeiten werde, den alle Franzosen wünschten. Die Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen. Von dem Ministerpräsidenten geleitet, verließ Lebrun zwischen einem Truppenmarsch das Palais und bestieg, während eine Militärkapelle die Marfchmusik spielte, einen mit der Präsidentenstandarte geschmückten Kraftwagen, der ihn nach Paris brachte. Bei der Abfahrt und auf dem Wege nach Paris wurden dem neuen Präsidenten lebhafteste Sympathieausgeburgen dargebracht. Der Präsident begab sich zunächst zum Elysee, wo er sich vor der Leiche seines Vorgängers verneigte.

Albert Lebrun

SPD Paris, 10. Mai.

Der neue französische Staatspräsident Lebrun ist am 28. August 1871 in Mercy-Le-Haut in Französisch-Lothringen geboren. Er war bis 1900 Bergwerksingenieur. In Longwy wurde er 1900 zum erstenmal in die Kammer gewählt, der er bis 1920 angehörte. Lebrun war während dieser Zeit einige Jahre Vizepräsident der Kammer und mehrere mal Minister. Als Kolonialminister gehörte er den Kabinetten Caillaux, Poincaré und Doumergue, als Kriegsminister dem zweiten Kabinett Poincaré und als Minister für die besetzten Gebiete dem Kabinett Clemenceau an. 1920 wurde er bei einer Nachwahl von den Wählern seines Heimatdepartements in den Senat entsandt, dem er bis jetzt angehört. Er war Mitglied der Fraktion der republikanischen Union und wurde am 11. Juni 1931 als Nachfolger Doumers zum Präsidenten gewählt. Vor seiner Wahl war Lebrun Präsident des Verwaltungsrats der von Poincaré geschaffenen Schuldentilgungskasse und Vorsitzender des Landesamts für Kriegsschadigte. Eine Zeitlang hat Lebrun Frankreich auch im Völkerbund vertreten.

LU Paris, 11. Mai.

Am Dienstagnachmittag und Abend ist der Präsident Lebrun unter Beobachtung aller von der Verfassung vorgeschriebenen Formen und alten Tradition in sein Amt eingeführt worden. In seiner Dankesrede an die Mitglieder der Nationalversammlung erklärte er unter anderem, daß er seinen so tragisch ungelommenen Vorgänger zum Vorbild nehmen wolle. Seine Arbeit werde dem Fortschritt und der Ordnung im Innern, wie dem Frieden nach außen gewidmet sein.